



Meloni tanzt dem Bundesrat auf der Nase herum

Italien weigert sich, Asylsuchende aus der Schweiz zurückzunehmen. Das kostet Dutzende Millionen. Von Ladina Triaca, Georg Humbel

Auch Beat Jans spürt den Frühling. Am Donnerstagmittag joggte er bei strahlendem Sonnenschein über die Terrasse hinter dem Bundeshaus. Am Freitag lud er Journalistinnen und Journalisten zu einem Spaziergang an die Aare. In der Berner Dampfzentrale gab es Weisswein, Pasta und eine kurze Ansprache des Asylministers. «Wir haben die wichtigsten Ziele des letzten Jahres alle erreicht», sagte Jans. An der Decke baumelten goldene Diskokugeln, es herrschte fast schon Feststimmung.

Doch es glänzt längst nicht alles im Schweizer Asylwesen. Grosse Probleme bestehen mit dem südlichen Nachbarn Italien. Die rechte Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni weigert sich seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2022, sogenannte Dublin-Flüchtlinge aus der Schweiz zurückzunehmen. Das sind Personen, die zwar in der Schweiz ein Asylgesuch stellen, die zuvor aber bereits in Italien registriert wurden – und für die gemäss den Regeln des Dublin-Systems deshalb Italien zuständig wäre.

Nun zeigen neue Zahlen, wie stark das Schweizer Asylsystem unter der italienischen Blockade leidet: In den vergangenen gut drei Jahren mussten die Schweizer Behörden bei 2540 Personen ein Asylverfahren durchführen, obwohl eigentlich Italien dazu verpflichtet gewesen wäre. 838 Personen haben so in der Schweiz Asyl erhalten oder wurden vorläufig aufgenommen – das heisst, sie dürfen im Land bleiben. Das teilt das Staatssekretariat für Migration (SEM) auf Anfrage der «NZZ am Sonntag» mit.

Die zusätzlichen Asylbewerber belasten die Schweizer Staatskasse erheblich: Für jede Person, die die Schweiz nicht nach Italien rückführen kann, entstehen dem Bund Mehrkosten von durchschnittlich rund 75 000 Franken. Das teilte der Bundesrat kürzlich auf eine Anfrage im Parlament mit. Es handle sich dabei um Kosten für die Unterbringung der Asylbewerber in den Bundesasylzentren, Ausgaben für die Asylverfahren und Subventionen an die Kantone. Allein die 838 Asylsuchenden, die in der Schweiz bleiben dürfen, kosten den Bund also rund 60 Millionen Franken. Hinzu kommen die Ausgaben für jene Asylbewerber, die einen negativen Entscheid erhalten haben und die Schweiz verlassen müssen.

Und: Nicht nur dem Bund entstehen Kosten, auch den Kantonen und Gemeinden. «Gesundheitskosten, Sozialhilfekosten, Kriminalitätsfolgekosten, das kommt alles noch dazu», sagt der SVP-Nationalrat Pascal Schmid. Die Rechnung

des Bundesrates sei eine «grobe Untertreibung». Es sei «skandalös», dass sich Italien um die bestehenden Verträge fottiere, während sich die Schweiz wie ein Musterknabe an jeden Buchstaben halte. «Der Bundesrat müsste viel energischer in Rom protestieren.»

Das findet auch der FDP-Ständerat Damian Müller. Er sagt: «Ich fordere schon lange, dass der Bundesrat hart in Italien interveniert.» Bis heute fehle eine transparente Auslegeordnung, welche konkreten Schritte der Bund unternommen habe. «Eine rein abwartende Haltung genügt nicht.»

Dass Italien der Schweiz ausgerechnet jetzt entgegenkommt, ist allerdings unwahrscheinlich. Das Verhältnis zwischen den beiden Ländern ist seit der Brandkatastrophe von Crans-Montana stark zerrüttet. Die Italiener kritisieren die Schweizer Justiz seit Wochen, Ministerpräsidentin Meloni hat den italienischen Botschafter nach Rom zurückbeordert. «In einer solchen Situation verschlechtert sich erfahrungsgemäss die Kooperationsbereitschaft», sagt der FDP-Ständerat Müller.

Die Schweiz hat das Gespräch schon mehrmals gesucht. Die frühere Asylministerin Elisabeth Baume-Schneider reiste im Jahr 2023 nach Rom, um den italienischen Innenminister Matteo Piantedosi zu treffen. Und Beat Jans empfing Piantedosi ein Jahr später in Chiasso. Sein Departement teilte daraufhin mit, Italien sei «gesprächsbereit bei der Übernahme von Dublin-Fällen». Passiert ist bislang nichts.

Und auch jetzt hegen die Migrationsbehörden wieder Hoffnung. Das Staatssekretariat für Migration erwartet, dass sich Italien wieder an die Dublin-Regeln hält, sobald der europäische Migrations- und Asylpakt umgesetzt ist. Dieser sieht vor, dass Länder wie Italien, in denen viele Migranten ankommen, von den anderen entlastet werden – sofern sie sich an die Regeln halten.

Die Migrationsbehörden relativieren die Kosten, die der Schweiz durch die zusätzlichen Asylbewerber bislang entstanden sind. Die Schweiz profitiere überproportional vom Dublin-System, weil sie deutlich mehr Personen an andere Länder überstelle, als sie selbst von diesen übernehmen müsse. So spare man jedes Jahr sehr viel Geld.

Was die Migrationsbehörden weniger gern hören: Wenn Italien sich an die Regeln halten würde, könnte die Schweiz noch sehr viel mehr Geld sparen.



GIUSEPPE LAMI / EPA

Ist nicht gut auf die Schweiz zu sprechen: Giorgia Meloni.